

A stylized world map composed of a grid of dots. Most dots are light gray, but several are colored red, highlighting specific regions: Japan, the United States, and parts of Europe and Africa.

Japan ein Jahr nach Erdbeben, Tsunami und Reaktorunfall

SVEN SAALER
März 2012

- Ein Jahr ist vergangen, seit ein Erdbeben der Stärke 9 den Nordosten Japans erschütterte, einen Tsunami auslöste, der mehrere Städte und Dörfer auslöschte und fast 20 000 Menschen das Leben kostete, und der Unfall im Atomkraftwerk Fukushima seinen Lauf zu nehmen begann.
- Nach einer kurzen Phase der Aufbruchsstimmung in der zweiten Hälfte des Jahres 2011 ist in Japans Gesellschaft eher wieder Ernüchterung und stellenweise sogar Pessimismus vorherrschend. Hauptgrund dafür ist, dass der Wiederaufbau ins Stocken geraten ist, bevor er überhaupt richtig begonnen hat.
- Japan hat ein Jahr nach Fukushima de facto den Ausstieg aus der Atomkraft vollzogen. Gibt es hinter den Kulissen nach wie vor Rangeleien um die zukünftige Energiepolitik, so erlaubt es die gesellschaftliche Stimmung, die eindeutig einen Ausstieg aus der Atomkraft fordert, inzwischen nicht einmal mehr, zwecks Routineinspektion vorübergehend vom Netz genommene Atomkraftwerke wieder anzuschalten. Derzeit läuft daher nur noch ein einziger (!) von insgesamt 54 japanischen Nuklearreaktoren (aktueller Stand vom 29. März 2012).
- Innenpolitisch konnte jedoch noch keine bestimmte Partei von der erstarkenden Anti-Atomkraft-Stimmung profitieren; keine der beiden großen Parteien hat sich eindeutig gegen Atomkraft – bzw. für einen Atomausstieg – ausgesprochen.



Inhalt

Gesellschaftliche Grundstimmung	2
Einstellung der Bevölkerung zur Politik	2
Die Anti-Atomkraft-Bewegung und die Frage der zukünftigen Energiepolitik Japans	4
Die Haltung der Bevölkerung gegenüber Atomkraft	5

Gesellschaftliche Grundstimmung

Ein Jahr ist vergangen, seit ein Erdbeben der Stärke 9 den Nordosten Japans erschütterte und einen Tsunami auslöste, der mehrere Städte und Dörfer auslöschte und fast 20 000 Menschen das Leben kostete. Gleichzeitig braute sich im Atomkraftwerk Fukushima eine Katastrophe zusammen, die die Nation wochenlang in Atem hielt und noch auf Jahrzehnte hin belasten wird. Am Jahrestag der Dreifachkatastrophe, dem 11. März 2012, wurde im ganzen Land der Opfer gedacht. Die Diskussionen um das Kernkraftwerk Fukushima und die Zukunft der Atomkraft traten dabei zunächst in den Hintergrund, während sich die Medien auf die Berichterstattung aus den vom Tsunami betroffenen Gebieten konzentrierten.¹

Die zentrale Kundgebung gegen Atomkraft fand am 11. März in der Stadt Kōriyama in der Präfektur Fukushima statt. 20 000 Menschen nahmen daran teil. In Tokyo kamen insgesamt ca. 50 000 Menschen in verschiedenen Stadtteilen zusammen, um gegen Atomkraft zu demonstrieren.² Die Kundgebungen erhielten in den Medien nicht so viel Aufmerksamkeit, wie man erwartet hätte, eindeutig stand die Berichterstattung über die Opfer von Erdbeben und Tsunami im Vordergrund. Dabei war der Versuch erkennbar, ein helles Bild des Wiederaufbaus in den Katastrophenregionen zu zeichnen: Die Berichterstattung versuchte insgesamt, eine allgemeine Stimmung von »nach vorn gerichtetem« (*maemuki*) Optimismus zu vermitteln oder selbst zu schaffen. Tatsächlich scheint nach einer kurzen Phase der Aufbruchsstimmung in der zweiten Hälfte des Jahres 2011 in Japans Gesellschaft allgemein aber eher wieder Ernüchterung und stellenweise sogar Pessimismus vorzuherrschen. Hauptgrund dafür ist, dass der Wiederaufbau ins Stocken geraten ist, bevor er überhaupt richtig begonnen hat.

1. Eine Zusammenfassung der Berichterstattung zur Frage der Atomkraft nach Fukushima anlässlich des Jahrestages des Unfalls gibt Matthew Penney, *The Fukushima Anniversary: Japanese Press Reactions*, *The Asia-Pacific Journal*, 11 March 2012 (<http://www.japanfocus.org/events/view/133>, abgerufen am 29. März 2012). Zeitnahe kritische Kommentare und Berichte über die jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit Wiederaufbau und Atomenergiepolitik bei *Japan Focus*, <http://www.japanfocus.org/japans-3.11-earthquake-tsunami-atomic-meltdown> (abgerufen am 29. März 2012). Gerade erschienen ist die folgende Aufsatzsammlung: Jeff Kingston (Hrsg.), *Natural Disaster and Nuclear Crisis in Japan. Response and Recovery after Japan's 3/11*, London, Routledge, 2012.

2. Zwar mag sich diese Zahl nicht besonders beeindruckend anhören, Jeff Kingston betont jedoch, dass es sich damit um die größten Demonstrationen in der Hauptstadt seit der Bewegung gegen das japanisch-amerikanische Militärbündnis in den 1950er und 1960er Jahren handelte. Siehe Kingston (Hrsg.), *Natural Disaster* (siehe Fußnote 1), 3 und 204.

Die Presse berichtete im Februar, dass bis dahin kaum mehr als zehn Prozent der Gelder, die die japanische Regierung in mehreren Nachtragshaushalten für den Wiederaufbau genehmigt hatte, benutzt worden seien. Wird das Geld nicht bis zum Ende des Finanzjahres (Ende März 2012) benutzt, so verfällt das Budget. Viele der Menschen, die aus der Katastrophenregion geflohen sind, zögern noch mit ihrer Rückkehr – weil der Aufbau nicht vorankommt, aber vor allem auch, weil es in den vom Tsunami betroffenen Präfekturen Iwate und Miyagi und in der besonders vom AKW-Unfall betroffenen Präfektur Fukushima kaum Arbeitsplätze gibt. Mehr und mehr Firmen verlassen die Region. Der öffentlich-rechtliche Fernsehsender NHK berichtete am 7. März 2012, dass von 4 600 befragten Firmen in den drei Präfekturen bisher nur 1 500 den Betrieb wieder aufgenommen haben, viele davon nur eingeschränkt. Eine Umfrage in der Präfektur Fukushima brachte folgendes Stimmungsbild zutage (Tagesszeitung *Asahi*, 6.3.2012): 92 Prozent der Bewohner haben das Gefühl, dass der Wiederaufbau kaum (54 Prozent) oder keine (38 Prozent) Fortschritte macht. Nur vier Prozent glauben, dass in fünf Jahren wieder eine Art Normalzustand erreicht sein wird, 13 Prozent gehen davon aus, dass es zehn Jahre dauern wird, 78 Prozent rechnen mit mehr als zehn Jahren.

Viele Menschen kehren daher ihrer Heimat den Rücken zu. Da Fukushima und die anderen beiden, vor allem vom Tsunami betroffenen, Präfekturen Miyagi und Iwate ohnehin eher ländlich geprägt sind, war bereits vor den Katastrophen ein Bevölkerungsrückgang über die nächsten Jahrzehnte hinweg erwartet worden. Neue Projektionen gehen davon aus, dass der Rückgang durch die Katastrophen immens beschleunigt wird. In Fukushima könnte die Bevölkerung bis zum Jahr 2040 um 50 Prozent schrumpfen, auch weil Familien mit Kindern aus Angst vor der Bedrohung durch Radioaktivität sich gegen eine Rückkehr in ihre Heimat entscheiden.

Einstellung der Bevölkerung zur Politik

Nach dem Regierungswechsel im Jahr 2009, der eine über 50jährige Herrschaft der Liberaldemokratischen Partei (LDP) beendete, waren die Erwartungen an die neue Regierung der Demokratischen Partei Japans (DPJ) groß. Der schnelle Rücktritt des ersten Premierministers Yukio Hatoyama im Juni 2010, nach weniger als einem Jahr

Amtszeit, dämpfte jedoch die Aufbruchsstimmung im Lande.

Die Dreifachkatastrophe des März 2011 machte es auch dem Kabinett unter Naoto Kan schwer, Fuß zu fassen. Kan wurde nach dem Beginn der nuklearen Krise Opfer von Intrigen der Energieversorger sowie der mit diesen eng verknüpfter Konzerne und Banken. Mit Hilfe innerparteilicher Opposition gegen Kan erzwang dieses Lager im Herbst 2011 den Rücktritt des Premierministers,³ da Kan sich stark für eine Politik des Atomausstiegs einsetzte.⁴ Noch heute dauern Versuche an, Kan zu diskreditieren, und ihn für die Eskalation der Atomkatastrophe verantwortlich zu machen. Inhaltlich sind die Vorwürfe gegen Kan kaum haltbar, seine Diskreditierung (zu der sich manche konservative Medien instrumentalisieren lassen) verstärkt aber auch nach seinem Rücktritt das Misstrauen der Bevölkerung in die Politik. Die wirklichen Verantwortlichen der Krise dagegen werden bisher eher nicht oder nur selten benannt.⁵

Das Krisenmanagement von Premierminister Kan war insgesamt angemessen,⁶ er hat in der größten Naturkatastrophe – verschärft durch eine Nuklearkatastrophe, auf die Japan aufgrund des Glaubens an die hundertprozentige Sicherheit der japanischen AKWs völlig unvorbereitet war – schnell und resolut reagiert, und Japan während des Nuklearunfalls vor einer noch schlimmeren Katastrophe bewahrt. Während der Energieversorger Tokyo Electric Power Co. (TEPCO) den Befehl gegeben hatte, das AKW Fukushima zu räumen, befahl Premier Kan, die »Stellung zu halten«. Interessanterweise hatte sich der Manager des Kraftwerks bereits dazu entschlossen, die Befehle seiner Zentrale zu ignorieren und mit einer Rumpf-Mannschaft im Reaktor zu verbleiben. Mit Kan kam er überein, dass nur vom Reaktorinneren aus das Schlimmste abzuwenden sei – was schließlich auch gelang. Zwar explodierten die äußeren Schutzhüllen von

drei Reaktoren, aber die inneren Schutzbehälter hielten stand und »nur« ein Zehntel der Radioaktivität, die in Chernobyl freigesetzt wurde, trat in Fukushima aus. Und dies obwohl es in drei Reaktoren zur Kernschmelze kam, das Abklingbecken in mindestens einem Reaktor wochenlang offenlag und sogar ein Reaktorkern (Nr. 4), der aufgrund einer Inspektion aus dem inneren Reaktorbehälter entnommen worden war, mit frischem radioaktiven Material zeitweise ungeschützt unter freiem Himmel lag (dies hat der Betreiber TEPCO allerdings weder bestätigt noch dementiert). Eine Portion Glück verhinderte zudem, dass große Mengen Radioaktivität vom Wind in die Millionen-Metropole Tokyo geblasen wurden.⁷

Der neue Premierminister Yoshihiko Noda konnte bisher kaum positive Akzente setzen. Im Dezember 2011 erklärte der Premierminister, dass die Lage im AKW Fukushima Daiichi stabilisiert sei und dass keine Gefahr mehr von den havarierten Reaktoren ausgehe. Damit machte sich Noda nicht nur international unglaublich, auch in Japan wurde das Urteilsvermögen des Premiers infrage gestellt, weiß doch noch immer niemand, wie es im Inneren der drei Reaktoren, die von der Kernschmelze betroffen sind, aussieht.⁸ Aufgrund der durch das Erdbeben entstandenen Schäden kann es jederzeit zu einer Destabilisierung der Lage in einem der beschädigten Reaktoren kommen. Außerdem ist klar, dass im Falle eines Nachbebens die Lage ebenfalls wieder eskalieren könnte. Nachbeben der Stärke M5 bis M6 erschüttern bis heute regelmäßig gerade die Region um das Atomkraftwerk Fukushima.

Eines der politischen Hauptthemen des Kabinetts Noda ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Sicherung der Zukunft der Rentensysteme (Stichwort »demographischer Wandel«) und die Erhöhung der Einkommenssteuer zur Finanzierung des Wiederaufbaus. Damit sind kaum Sympathien zu gewinnen. Obendrein gestaltet sich der politische Prozess schleppend, da die Regierung im Oberhaus keine Mehrheit hat, die oppositionelle LDP aber aus parteistrategischen Überlegungen die Gesetzgebung blockiert, um Neuwahlen zu erzwingen. Angesichts der Notwendigkeit schnellen Handelns in der

3. Jeff Kingston, Ousting Kan Naoto: The Politics of Nuclear Crisis and Renewable Energy in Japan, *The Asia-Pacific Journal*, 11 March 2012 (<http://www.japanfocus.org/-Jeff-Kingston/3610>, abgerufen am 29. März 2012).

4. Siehe hierzu *Der Rücktritt der Regierung Kan und die Zukunft der Atomkraft in Japan*, <http://library.fes.de/pdf-files/id/08446.pdf> (abgerufen am 29. März 2012).

5. Siehe *Japan's nuclear mobsters don't share tsunami pain*, <http://www.bloomberg.com/news/2012-03-06/japan-s-nuclear-mobsters-escape-tsunami-pain-commentary-by-william-pesek.html> (abgerufen am 29. März 2012).

6. Siehe Jeff Kingston, Mismanaging Risk and the Fukushima Nuclear Crisis, *The Asia-Pacific Journal*, 19 March 2012 (<http://www.japanfocus.org/-Jeff-Kingston/3724>, abgerufen am 29. März 2012).

7. Interview mit Premierminister Kan im ZDF: <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1586890/Atomkrise-in-Japan-Naoto-Kan> (abgerufen am 29. März 2012).

8. Siehe Noda's definition of »safe« questioned, *Japan Times* 9 March 2012, <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120309f1.html> (abgerufen am 29. März 2012).

gegebenen Situation, trägt die Stagnation in der Politik und in der Gesetzgebung maßgeblich zur Verstärkung der Politikverdrossenheit bei.

Erste Stimmen werden bereits laut, die »starke Führung« fordern (während gleichzeitig das resolute Vorgehen Kans im März 2011 als »überheblich« und »arrogant« charakterisiert wird). Der populistische Bürgermeister von Osaka, der erst 42 Jahre alte Tôru Hashimoto, nutzt diese Situation derzeit geschickt, um seine Popularität mit Hilfe der Medien auszubauen und eine Kandidatur bei den nächsten nationalen Wahlen vorzubereiten. Hashimoto war von 2008 bis 2011 Gouverneur der Präfektur Osaka und trat dann, vor Ablauf seiner Amtszeit, in den Bürgermeisterwahlen der Stadt Osaka an, um den Amtsinhaber Kunio Hiramatsu aus dem Amt zu verdrängen. Seine Wahlerfolge bestätigen ihn in seinen Forderungen nach radikaler Reform von Politik und Bürokratie sowie Dezentralisierung, und er mischt sich regelmäßig und medienwirksam in die nationale Politik ein – auf Augenhöhe mit Ministern und Abgeordneten des Parlaments. Hashimoto fällt auf durch martialische Rhetorik, fordert ein rabiaten Vorgehen gegen bürokratische Verschwendung und Inkompetenz, wird aber von Kritikern als gefährlicher Populist eingeschätzt – manchmal werden ihm gar »faschistoide Züge« unterstellt.⁹ Das Establishment in Tokyo nimmt Hashimoto als zukünftigen Rivalen auf nationaler Ebene ernst, die Spitzen der großen Parteien DPJ und LDP sollen bereits in Krisensitzungen eine Große Koalition diskutiert haben. Die ebenfalls eher populistische und stark reformorientierte Partei »Your Party« (Minna-no-tô) dagegen hat eine Kooperation auf nationaler Ebene mit Hashimotos derzeit nur lokal aktiver »Osaka Restorations-Partei« (<http://www.oneosaka.jp/>) angekündigt. Hashimoto hat inzwischen begonnen, mögliche Kandidaten für die nächsten nationalen Wahlen zu rekrutieren. Ende März 2012 eröffnete er eine politische Akademie (Ishin Seiji Juku oder Restoration Politics Institute), zu der aus 3 000 Bewerbern 2 000 Studenten zugelassen wurden. Aus diesen 2 000 sollen in zwei Stufen 300 Kandidaten für die nächsten Wahlen ausgewählt werden. Hashimoto hofft, 200 Sitze im Unterhaus (insgesamt 480 Sitze) erobern zu können – für die etablierten Par-

teien ein Schreckensszenario, da diese Gewinne auf ihre Kosten gehen würden.

Die Anti-Atomkraft-Bewegung und die Frage der zukünftigen Energiepolitik Japans

Seit der Nuklearkatastrophe konnte die bis dahin schlecht organisierte Anti-Atomkraft-Bewegung Japans sehr viel Zulauf gewinnen, ist jedoch weiterhin in erster Linie auf lokaler Ebene zu vernehmen, während auf nationaler Ebene – selbst bei großangelegten Demonstrationen, zu denen unter anderem einflussreiche Persönlichkeiten wie der Literaturnobelpreisträger Kenzaburo Ôe aufrufen – die Zahl der Teilnehmenden maximal fünfstellig ist. Allerdings hat die Anti-Atomkraftbewegung im ganzen Land über fünf Millionen Unterschriften gegen die Atomkraft gesammelt und auf regionaler und lokaler Ebene Petitionen eingereicht, in denen von den entsprechenden Behörden eine Bürgerabstimmung verlangt wird. Die Ergebnisse von Volksabstimmungen sind jedoch in Japan, auch auf regionaler Ebene, nicht bindend und haben nur selten Einfluss auf den Gang der Politik.

Innenpolitisch konnte keine bestimmte Partei von der erstarkenden Anti-Atomkraft-Stimmung profitieren; keine der großen Parteien hat sich eindeutig gegen Atomkraft – bzw. für einen Atomausstieg – ausgesprochen. Es hat sich jedoch eine überparteiliche Initiative von Parlamentariern gegründet (Energy Shift Japan), die in der politischen Klasse für eine Energiewende wirbt und dabei von Personen des öffentlichen Lebens unterstützt wird, u. a. vom Musiker und Oskar-Preisträger Ryûichi Sakamoto. Bei den Treffen der Gruppe wird häufig auch auf Deutschland als Modell und Vorbild verwiesen. Am 27. März gründeten die fünf zentralen Personen dieser Initiative, geführt von Shôichi Kondô von der DPJ, Tarô Kôno von der LDP und Tomoko Abe von der Sozialdemokratischen Partei Japans (SDPJ), die überparteiliche Parlamentariergruppe »Zero Nukes« (Genpatsu Zero), die bis Juni einen konkreten Vorschlag zur Einleitung der Energietransformation vorlegen will.

Die politische Klasse ist hinsichtlich der Zukunft der Atomenergie bzw. der Energiepolitik insgesamt gespalten – in jeder Partei gibt es Befürworter und Kritiker der Atomkraft.

9. Wird »Faschismus« als politischer Kampfbegriff in Japan meist von der Linken benutzt, so verglich sogar der Vorsitzende der konservativen LDP, Sadakazu Tanigaki, Ende März 2012 Hashimoto mit Hitler und Mussolini. Der einflussreiche Präsident der größten japanischen Tageszeitung *Yomiuri*, Tsumoto Watanabe, bediente sich in seiner Kritik an Hashimoto ebenfalls des Vergleichs mit Hitler, siehe *Old Guard see despot in Hashimoto* *The Japan Times*, 27. März 2012, 2. (<http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120327a3.html>, abgerufen am 29. März 2012).

Der Widerstand auf lokaler Ebene scheint daher vorerst von besonderer Wichtigkeit zu sein: Da die gesamtgesellschaftliche Stimmung stark gegen Atomkraft ist (siehe die Umfrageergebnisse im nächsten Abschnitt), wagen es weder die Zentralregierung noch die Energieversorger, vorübergehend vom Netz genommene Reaktoren eigenständig wieder anzuschalten. Als Ergebnis dieser Situation läuft derzeit nur noch ein einziger (sic!) von insgesamt 54 japanischen Nuklearreaktoren (aktueller Stand vom 29. März 2012), nämlich der Reaktor 3 des Atomkraftwerks Tomari auf Hokkaidô, der nördlichsten der japanischen Hauptinseln. Das Ausschalten von Reaktoren für Inspektionen und die Wiederinbetriebnahme nach ein bis zwei Monaten war bisher Routine. Nach dem Abschluss der Inspektion genügte eine kurze Nachricht der Energieversorger an die Präfektur, die Gemeindeverwaltung und an das zuständige Ministerium, um den Reaktor wieder hochzufahren. Es gab keinerlei Diskussionen darüber, ob ein Reaktor wieder angestellt wird. Jetzt allerdings wehren sich gerade die Gemeinden in Reaktornähe sowie, auf ihren Druck hin, die Präfekturen gegen eine Wiederinbetriebnahme einmal abgestellter Reaktoren. Die Gemeinden, in denen die Reaktoren stehen, sind zwar unentschlossen – sie befürchten den Verlust von Arbeitsplätzen und Subventionen. Die Nachbarortschaften jedoch haben nie Subventionen bekommen, fürchten aber, bei Unfällen Schaden zu nehmen, wie manche Orte rund um das AKW Fukushima.

Die Zuständigkeit, wer eine Wiederinbetriebnahme genehmigen kann oder muss, ist nirgendwo klar festgelegt, sondern von Fall zu Fall verschieden, wie sich erst nach Fukushima herausstellte (Anfrage des FES-Büros an das Ministerium für Wirtschaft und Industrie, METI). Der Minister für Wirtschaft und Industrie, Yukio Edano, erklärte, die Frage der Wiederinbetriebnahme sei zuallererst eine politische Frage und werde von der Regierung entschieden (*Asahi Shinbun*, 8.3.2012). Die Tatsache, dass bis heute kein Reaktor wieder in Betrieb genommen wurde, dürfte darauf hinweisen, dass das METI, zumindest aber Minister Edano durch die Nicht-Inbetriebnahme demonstrieren will, dass Japan auch ohne Atomkraft auskommen kann, was zurzeit ja auch tatsächlich der Fall ist. Edano selbst war am 11.3.2011 Regierungssprecher und hat mit Premierminister Kan an vorderster Front darum gekämpft, die Lage in Fukushima in den entscheidenden Tagen im März 2011 unter Kontrolle zu bekommen. Es ist also naheliegend, dass seine Einstellung gegenüber Atomkraft von starker Skepsis geprägt ist. Allerdings ist

gerade seine Position im Ministerium für Wirtschaft und Industrie prekär, da die Wirtschaftsverbände betonen, ohne »günstigen Atomstrom« sinke die Konkurrenzfähigkeit der japanischen Wirtschaft noch weiter. TEPCO selbst betont ständig, dass es am Rande seiner Kapazitäten arbeite und sich »kontinuierlich bemüht, Blackouts zu vermeiden«¹⁰ – was implizit von manchen auch als Drohung mit der Gefahr von Blackouts verstanden wird.

Die Haltung der Bevölkerung gegenüber Atomkraft

Eine klare Mehrheit der Bevölkerung fordert einen Ausstieg aus der Atomkraft. In einer Umfrage der Japan Association for Public Opinion Research (<http://www.japor.or.jp/>) von Mitte März 2012 sprachen sich 80 Prozent der Befragten für einen Ausstieg aus der Atomkraft aus. Auch einer Umfrage der Tageszeitung *Tokyo Shinbun* zufolge, die im gleichen Zeitraum durchgeführt wurde,¹¹ befürworteten 80 Prozent den Ausstieg (43,7 »Befürwortung«; 35,9 Prozent »eher Befürwortung«), 17 Prozent sprachen sich »dagegen« oder »eher dagegen« aus. Auch bezüglich der Frage der Wiedereinschaltung derzeit ruhender Reaktoren sieht das Meinungsbild ähnlich aus, wenn es auch weniger deutlich zugunsten der Atomkraft-Gegner ausfällt. In einer Umfrage der Tageszeitung *Asahi*, deren Ergebnisse am 13.3.2012 veröffentlicht wurden, sprechen sich 57 Prozent der Befragten gegen eine Wiedereinschaltung ruhender Reaktoren aus, nur 27 Prozent sind dafür. Während bei Frauen 67 Prozent eine Wiedereinschaltung ablehnen und nur 15 Prozent zustimmen, sind die Zahlen bei Männern mit 47 Prozent versus 41 Prozent deutlich ausgeglichener. Niemand weiß indes, wie ein Ausstieg aus der Atomkraft zu gestalten wäre. Japan hatte gerade erst im Jahre 2010 eine neue Energiepolitik verabschiedet, die vorsah, zur Verringe-

10. Siehe den Kasten *Securing stable power supply* am rechten Rand der TEPCO-Webseite: <http://www.tepco.co.jp/en> (abgerufen am 29. März 2012). TEPCO veröffentlicht auch seit 11.3.2011 regelmäßig eine »Stromvorhersage« (Auslastung der Stromerzeugung im Bereich von TEPCO in Prozent), in welcher die Bürger mehr oder weniger intensiv zum Stromsparen aufgerufen werden. In Peak-Zeiten (vor allem im Sommer) werden von der Regierung einschneidende Maßnahmen hinsichtlich der Strom einsparung erwartet. Im Sommer 2011 wurde der »nationale Strom-Notstand« ausgerufen (»Basic Policy to Implement Electricity Saving by the Government«), Stromverbrauch von Großkunden wurde per Dekret eingeschränkt, und insgesamt wurden letztlich fast 20 Prozent Strom im Vergleich zu 2010 eingespart.

11. Siehe <http://www.tokyo-np.co.jp/s/article/2012031890071242.html> (abgerufen am 29. März 2012).



rung der Emission von Treibhausgasen den Anteil der Atomkraft von knapp 30 Prozent auf 50 Prozent zu steigern. Dieser Plan ist vom Tisch. Damit ist klar, dass nur der massive Ausbau von Erneuerbaren Energien die Energieversorgung Japans sichern kann, will man sich nicht in die Abhängigkeit von Importen begeben. Der seit März 2011 immens gestiegene Bedarf der japanischen Wirtschaft an Öl und Gas wird bereits jetzt dafür verantwortlich gemacht, dass Japan in den letzten zwölf Monaten hohe Außenhandelsdefizite zu verzeichnen hatte, ungewöhnlich für das exportstarke Land. Die Importe haben zu einer Preissteigerung von 17 Prozent für Firmenkunden von TEPCO geführt, was von der Pro-Atom-Gruppe im Wirtschaftsministerium als Hauptgrund für die Notwendigkeit angeführt wird, die Atomkraftwerke wieder einzuschalten. Die Folgekosten des Fukushima-Unfalls, und natürlich auch die Kosten der in Japan ebenfalls ungeklärten Frage der Endlagerung von Atom-Müll, werden von den Protagonisten von »billigem Atomstrom« jedoch in ihre Kalkulationen bis heute nicht einbezogen.

Dem Ausbau von Erneuerbaren Energien wurde aufgrund des Vertrauens in die Atomkraft in den letzten Jahren kein Vorrang eingeräumt, sodass Japan derzeit nur einige wenige Prozent seiner Stromerzeugung aus Erneuerbaren bezieht und viel aufzuholen hat. Technologisch ist Japan aber z. B. im Bereich Photovoltaik noch immer führend, der Bau von Solaranlagen im Inland wird allerdings kaum gefördert. Es geht also um eine politische Entscheidung zugunsten von Erneuerbaren Energien, gegen die sich die Atomlobby derzeit noch wehrt.

Die Tatsache, dass es in Japan jedoch auch ohne Atomkraft derzeit nicht zu Blackouts kommt, bestärkt das Lager, das betont, das Risiko der Atomkraft sei – gerade im erdbebengefährdeten Japan – zu hoch. Ob ein »Ausstieg« aus der Atomkraft irgendwann explizit proklamiert werden wird, ist fraglich. Wahrscheinlich ist jedoch, dass in Japan angesichts der anti-atomaren Stimmung keine neuen Reaktoren mehr gebaut werden können, womit sich das Land in Richtung auf einen »natürlichen« Ausstieg in ein bis zwei Jahrzehnten hinbewegt, wenn die letzten Reaktoren ihr Laufzeitende erreichen.

Tokyo, 29.3.2012



Über den Autor

Sven Saaler ist Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tokyo und Professor für Moderne Japanische Geschichte an der Sophia-Universität. Er ist Autor von *Politics, Memory and Public Opinion. The History Textbook Debate and Japanese Society* (Iudicium, 2005), Co-Autor von *Japanische Impressionen eines Kaiserlichen Gesandten. Karl von Eisendecker im Japan der Meiji-Zeit* (Iudicium, 2007), *Unter den Augen des Preußen-Adlers. Lithographien, Zeichnungen und Photographien der Teilnehmer der Eulenburg-Expedition in Japan, 1860–61* (Iudicium, 2011) sowie Co-Autor und Mitherausgeber von *Pan-Asianism in Modern Japanese History. Colonialism, Regionalism and Borders* (Routledge, 2007), *The Power of Memory in Modern Japan* (Global Oriental, 2008) und *Pan-Asianism. A Documentary History* (Rowman & Littlefield, 2011).

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Westeuropa/Nordamerika | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil> | <http://www.fes-japan.org>

E-Mail:
ID-INFO-WENA@fes.de

Das FES-Büro in Tokyo, Japan

Japan ist für Deutschland ein wichtiger Partner in Asien. Die beiden Länder sind wichtige Akteure auf der internationalen Bühne und sehen sich mit ähnlich gelagerten politischen, sozialen, wirtschaftlichen und Umwelt-Problemen konfrontiert.

Das Tokyoter Büro der FES fördert den japanisch-deutschen Dialog, engagiert sich für den multilateralen Dialog zwischen ostasiatischen, europäischen und nordamerikanischen Akteuren und trägt zum Ausbau japanisch-europäischer Netzwerke in Politik, Bürgergesellschaft und Wissenschaft bei. An den Aktivitäten des Tokyoter Büros der FES ist breites Spektrum von Vertretern aus Politik und Bürgergesellschaft beteiligt, wissenschaftlicher Austausch wird durch die Förderung von Symposien und Workshops angestrebt.

Die inhaltlichen Schwerpunkte unserer Arbeit sind Sicherheits- und Klima- bzw. Energiepolitik, erstrecken sich aber auch auf soziale Fragen wie den demographischen Wandel in Japan und Deutschland, den hohen Stand der Staatsverschuldung in den Industriestaaten sowie damit zusammenhängende wirtschaftliche Fragen wie die Entwicklungen auf dem japanischen Arbeitsmarkt sowie Fragen des Verbraucherschutzes. Weiterhin sind Debatten über die Aufarbeitung der Kriegsvergangenheit sowie über Geschichtserziehung in Europa und Ostasien Teil unseres Projekts.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Deutsches Kulturzentrum
7-5-56 Akasaka, Minato-ku
J Tokyo, 107-0052
Japan

Tel: 0081-(0) 3-6277-7551
Fax: 0081-(0) 3-3588-6035
E-Mail: office@fes-japan.org
www.fes-japan.org

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.